

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Nr. 3/1988 – September

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten deutlich stabilisiert. Die erwartete Abkühlung hat vorerst nicht stattgefunden. Wenn auch die regierungsamtlich vorgenommene Anpassung der Wachstumsprognosen auf zweieinhalb bis drei Prozent im laufenden Jahr überhöht sein dürfte, so trifft doch zu, daß die wirtschaftliche Gesamtsituation überraschend günstig ist. Dies betrifft vor allem die Unternehmensgewinne, die nach sechs Jahren einer raschen Expansion weiterhin aufwärts gerichtet sind. Die Halbjahresberichte der Banken belegen kräftige Ertragsverbesserungen, die negativen Auswirkungen des Börsenkrachs auf die Bilanzen können als vollständig überwunden gelten.

Auch die Produktion und die Auftragsentwicklung bleiben aufwärts gerichtet. Dabei stellt der Konsum nach wie vor einen stabilisierenden Faktor dar. Bis zur Jahresmitte sind die Verbraucherpreise – dank der stabilen Mineralöl- und Nahrungsmittelpreise – stabil geblieben, die private Kaufkraft nimmt weiter zu. Hier zeichnen sich allerdings für die zweite Jahreshälfte Verschlechterungen ab. Die Aufwertung des Dollar – zwischen Ende 1987 und Mitte August 1988 um immerhin etwa 30 Pfennige – schlägt trotz der niedrigen Rohölpreise auf die Importpreise durch.

Entscheidend für die stabile Konjunktur ist aber derzeit der Außenhandel. Die Bundesrepublik hat sich erneut als „Exportweltmeister“ erwiesen – zwölf Prozent der Weltexporte (2475 Milliarden Dollar 1987) entfallen auf die BRD, wobei sie mit deutlichem Abstand vor den USA (zehn Prozent) und Japan (neuneinhalb Prozent) den ersten Platz einnimmt. Neben der außerordentlich starken internationalen Konkurrenzposition der Bundesrepublik fällt die robuste Entwicklung des Welthandels, vor allem jenes mit Industrieprodukten, ins Gewicht. Wie 1987 dürfte dieser auch

1988 um real fünf Prozent zunehmen. Dabei erweisen sich die asiatischen Länder als besonders dynamische Import- und Exportstaaten. Auf sie entfielen 1987 etwa 22,5 Prozent des Welthandels, darunter siebeneinhalb Prozent auf die vier südostasiatischen „Schwellenländer“. Asien als Region hat seine Ausfuhren zwischen 1980 und 1987 (gemessen in Dollarwerten) um 70 Prozent gesteigert, gegenüber knapp 25 Prozent beim gesamten Welthandel.

Die kräftige Ausdehnung der asiatischen Märkte hat es den USA erlaubt, ihrerseits ihre Ausfuhren sprunghaft zu steigern, ohne die Exportmöglichkeiten Westeuropas – darunter der BRD – zu beschränken. Die Abwertung des Dollar zwischen 1985 und 1987 hat so die Binnenkonjunktur der USA exportseitig gestützt, obwohl die inneren Auftriebskräfte (darunter der private Konsum) deutlich schwächer geworden sind. Festzustellen ist also, daß die Lockerung des internationalen Konjunkturgleichlaufs bislang den Ausbruch einer neuen zyklischen Krise verhindert hat.

Gleichwohl kann keine Rede sein von einer spannungsfreien Wirtschaftslage. So weist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in vielen anderen kapitalistischen Ländern weiter nach oben. Der Arbeitsmarkt profitiert in keiner Weise von der ansonsten vergleichsweise günstigen Konjunktur. Aber auch andere Ungleichgewichte haben sich keineswegs vermindert. Trotz der kräftigen Expansion des Welthandels haben sich die Überschüsse Japans und der BRD einerseits und das Defizit der USA andererseits nur wenig verringert. Die Wechselkurse bleiben „volatil“, wie vor allem die hektischen Kurschwankungen des Dollar belegen. Besorgniserregend stark sind in den letzten Monaten die Zinsen angestiegen, in der BRD vollzieht sich trotzdem eine massive Kapitalabwanderung in die USA. Der Bör-

senkrach vom Oktober 1987 hat zwar offensichtlich zu keiner nachhaltigen Erschütterung des Weltfinanzsystems geführt, er hat aber auch die Spannungen nicht gelöst. Schließlich ist auf die nach wie vor ungelöste Schuldenproblematik der Dritten Welt zu verweisen, die sich im Zuge steigender Zinsen erneut zuspitzen könnte. Sie muß als schwere wirtschaftliche Hypothek betrachtet werden, die derzeit für etwa die Hälfte der Menschheit jede Art von wirtschaftlicher Besserung verhindert.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Die Wirtschaftslage der Dritten Welt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Industriebranchen
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

- 2.1 Konzentration
- 2.2 Unternehmensgewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuer und Staatshaushalt
- 3.4 Tarifabschlüsse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaas.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. 8. 1988. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

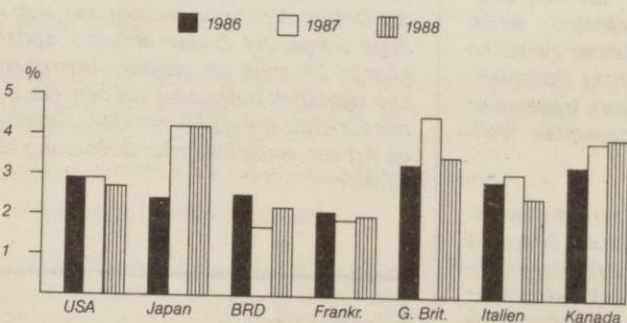
1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Der große Börsenkrach im Oktober vorigen Jahres hat paradoxerweise die Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft kurzfristig eher gefestigt als geschwächt: Die OECD hat ihre Wirtschaftsprognose für 1988 und 1989 nach oben revidiert, und die tatsächliche Entwicklung der Industrieproduktion in der ersten Hälfte dieses Jahres bestätigt diese Annahme. Nach dem Schock des Aktiensturzes haben die Währungsbehörden der wichtigsten kapitalistischen Länder einen Kurswechsel vollzogen: Um den Geld- und Kapitalmärkten die nötige Liquiditätsspritze zu liefern, haben sie die Senkung der Zinssätze bis zum Sommer gefördert und so der Wirtschaftstätigkeit bessere Rahmenbedingungen geboten.

Vielen bürgerlichen Kommentatoren zufolge bleibt aber die Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft labil, und da die US-Wirtschaftspolitik nach den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen restriktiver werden solle, um den Haushalts- und Leistungsbilanzfehlbetrag zu vermindern, sei für 1989 eine neue Rezession nicht auszuschließen.

Reales Bruttosozialprodukt 1986-1988

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



IMSF

Wie aus der Abbildung hervorgeht, sollen die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes der sieben größten kapitalistischen Länder im Durchschnitt real 1988 ebenso hoch wie 1987 bleiben. Es ist interessant zu bemerken, daß die Bruttoanlageninvestitionen nach sechs Jahren Wirtschaftswachstum noch nicht das relative Niveau von 1979 erreicht haben: Ihr Anteil am BSP der sieben größten kapitalistischen Länder insgesamt dürfte 1988 noch um 1 Prozentpunkt niedriger liegen.

Veränderung der Industrieproduktion 1986-1988 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1986	1987 ¹		1988 ¹	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
USA	1,1	3,7	5,0	5,8	5,9
Japan	-0,3	3,1	4,1	7,7	11,0
BRD	2,0	0,2	-	1,9	3,7
Frankreich	1,0	2,2	2,0	4,0	3,0
Großbritannien	1,4	3,1	3,4	4,2	2,3
Italien	3,1	2,7	3,3	5,5	5,2
Kanada	0,4	4,5	5,9	7,5	6,3

1 Saisonbereinigte Angaben.
2 Vorläufige Zahlen.
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Industrieproduktion zeigt in den zwei ersten Quartalen 1988 in fast allen genannten Ländern eine steigende Tendenz. In Japan sind Zuwachsraten von mehr als 10 Prozent zu beobachten, was auf die starke Ausweitung der Binnennachfrage zurückzuführen ist; andererseits ist die enttäuschende Entwicklung in Großbritannien der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie auf den Weltmärkten zuzuschreiben.

Arbeitslosigkeit 1984-1988 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1984	1985	1986	1987 ¹		1988 ¹
				1. Hj.	2. Hj.	
USA	8531	8312	8237	7691	7140	6700
Japan	3250	3150	3350	3600	3330	3200
BRD	2266	2304	2228	2215	2249	2250
Frankreich	2305	2458	2517	2653	2595	2550
Großbritannien	3056	3163	3185	3019	2741	2500
Italien	2451	2527	2611	2754	2913	2950
Kanada	1410	1328	1236	1222	1116	1050
Zusammen	23269	23242	23364	23154	22084	21200

1 Saisonbereinigte Angaben.
2 Vorläufige Zahlen.
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Arbeitslosigkeit ist in dem ersten Halbjahr in einigen Ländern (USA, Japan und Großbritannien) deutlich zurückgegangen, aber die OECD prognostiziert für das Jahr 1989 eine neue Zunahme der Arbeitslosenzahl in dem gesamten OECD-Raum auf knapp 30 Millionen.

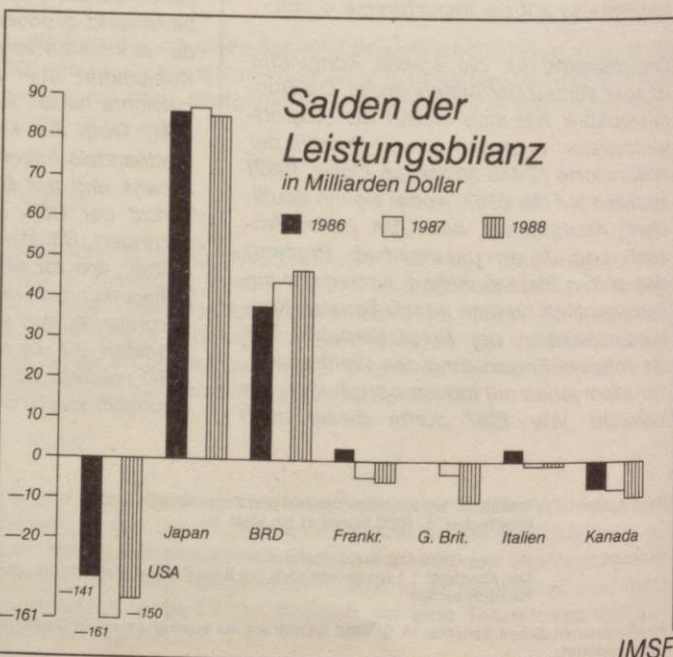
Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1986-1988 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1986	1987		1988 ¹	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
USA	1,6	3,6	4,2	4,6	3,8
Japan	0,6	0,1	0,4	0,7	0,8
BRD	-0,2	0,2	0,6	1,0	0,8
Frankreich	2,7	3,1	3,4	3,2	2,4
Großbritannien	3,3	4,1	4,4	4,1	3,3
Italien	6,1	4,6	4,6	5,2	4,9
Kanada	4,1	4,4	4,5	4,2	4,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten bleibt weiterhin begrenzt, auch weil sich die Weltmarktnotierungen für die primären Produkte (Erdöl und Rohstoffe) insgesamt bis in die letzten Monate stabil verhalten haben.

Trotz der starken Abwertung des Dollars bis Anfang dieses Jahres dürfte sich der Leistungsbilanzfehlbetrag der USA 1988 nur unwesentlich auf 150 Milliarden Dollar verringern, während die Überschüsse Japans (85 Milliarden) und der Bundesrepublik (47 Milliarden) sich vergrößern werden.



IMSF

den) nach wie vor extrem hoch sein werden. Diese Angaben spiegeln die Entwicklung der Nettokapitalbildung in diesen Ländern wider: Aus inländischen Quellen (Unternehmen, private Haushalte und Staat) ist sie in den USA negativ (fast 3 Prozent des BSP im Jahre 1988) und in Japan und in der BRD positiv (3 bzw. 3,5 Prozent). Seit 1983 sind die USA gezwungen, Kapital aus dem Ausland netto einzuführen, und ihre Verschuldung hat inzwischen ein atemberaubendes Tempo erreicht. Während die USA bis 1985 die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalimporte decken konnten, mußten sie danach in zunehmendem Maße auf offizielle Währungstransaktionen zurückgreifen. 1987 machte die Verschuldung der Währungsbehörden 35 Prozent der gesamten Auslandsfinanzierung aus; parallel dazu stiegen die Währungsreserven Japans und der Bundesrepublik auf etwa die Hälfte des Leistungsbilanzüberschusses.

Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer wird Ende 1988 voraussichtlich 1030 Milliarden Dollar erreichen, und das Verhältnis zwischen dieser und der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen dürfte mit 152 Prozent nur leicht unter dem Stand liegen, den diese Länder im Krisenjahr 1982 aufwiesen. Für einige Ländergruppen (Afrika südlich der Sahara und Lateinamerika) hat die Auslandsverschuldung brisante Ausmaße angenommen, obwohl diese Staaten unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds eine Wirtschaftspolitik verfolgt haben, die ihre Wirtschaft lahmlegt und die Bedürfnisse der breiten Massen zurückschraubt.

Zwei bekannte US-Wissenschaftler geißeln die Interventionspolitik des IWF in den lateinamerikanischen Ländern mit folgenden Worten: „Was von dem IWF, den Bankiers und der Wirtschaftspresse als Stabilisierung bezeichnet wird, bedeutet für die Volkswirtschaften des Südens (durch Surplustransfer), für den Lebensstandard der Lohnabhängigen (durch Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen) und für das einheimische Kapital (durch Kreditrestriktionen und die damit verbundenen Konkurse) Destabilisierung. Die besondere enge Sichtweise, die der Diskussion über die Stabilisierung des IWF zugrunde liegt, grenzt alle diejenigen aus, die nicht zu der engen sozialen Basis gehören, die die IWF-Politik unterstützt und davon profitiert. Wenn die Stabilisierung in einen breiten Zusammenhang gestellt wird, wird deutlich, daß der IWF nicht auf die Stabilisierung der ‚Volkswirtschaft‘ abzielt, sondern auf die Steuerung einer besonderen Struktur der Wirtschaftsbeziehungen und auf die Konsolidierung eines besonderen Systems finanzieller Interessen. Eben diese Interessen sind es, die die Kriterien der IWF-Politik und die ihr zugrunde liegende Ideologie bestimmen; die Wahrnehmung dieser Interessen führt häufig zu jener unüberwindbaren Kluft zwischen der Stabilisierungsrhetorik des IWF und der allgemeinen Instabilität, die eben diese Politik verursacht.“ (James Petras und Howard Brill, The IMF, Austerity and the State in Latin America, „Third World Quarterly“, vol. 8, Nr. 2, April 1986, S. 246)

Auf den Währungsmärkten zeichnet sich in den letzten Monaten eine neue Aufwertung des Dollars ab: Zwischen Mai und Mitte August d. J. ist der Wechselkurs des Dollars um 12, bzw. 9 Prozent gegenüber der DM und dem Yen gestiegen. Da die vergleichenden wichtigen Angaben der Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern sich kaum verändert haben, setzt die Spekulation wahrscheinlich auf die starken Bewegungen der Zinssätze, die sich in den letzten Monaten häufen.

1.2 Die Wirtschaftslage der Dritten Welt

In den achtziger Jahren hat sich die wirtschaftliche Lage in den Entwicklungsländern relativ zu den Industrieländern und teilweise auch absolut verschlechtert. Von der Weltbevölkerung, die in diesem Jahr die Zahl von rund fünf Milliarden Menschen erreichen dürfte, leben etwa 75 Prozent in den Entwicklungsländern.

Auf sie entfällt weniger als 19 Prozent des Bruttoprodukts der Welt. Diese „Verteilungsfrage“ dürfte langfristig die größte Sprengkraft für die Weltwirtschaft beinhalten. Unter anderem auch deshalb, weil eine Anhebung des Lebensstandards für die derzeit rund 3,7 Milliarden Menschen der Dritten Welt auf das Niveau der etwa 1200 Millionen in den Industrieländern mehr als eine Vervielfachung der Weltproduktion erfordern würde (wohlgeordnet: erst

dann wäre dort der aktuelle Produktionsstand erreicht, die Industrieländer würden ihren Lebensstandard auf dem heutigen Stand einfrieren müssen). Bei den gegenwärtigen Produktions- und Konsumtionsformen wäre eine Vervielfachung des weltweiten Bruttoprodukts – es beträgt heute rund 13000 Milliarden US-Dollar (Wechselkurs von 1985) – schon allein aus ökologischen Gründen unmöglich. Man stelle sich vor: Statt derzeit 400 Millionen Pkw würden – legt man z. B. die „Autodichte“ nur der BRD zugrunde (wobei diese in den USA noch höher ist) – auf der Welt etwa 2,5 Milliarden Pkw fahren und ihre Abgase in die Atmosphäre entlassen – in kurzer Zeit wäre die Welt in der „CO₂-Falle“ gefangen.

Weltbevölkerung und Weltproduktion¹ 1985

	Bevölkerung in Millionen	Inlandsprodukt in Mrd. Dollar	Pro-Kopf-Produktion im Jahres-schnitt Zuwachs in Prozent 1981-1987
Kapitalistische Industrieländer	720	8880	+2,0
Sozialistische Industrieländer ²	400	1070	+2,5
Entwicklungsländer	3450	2300	+1,0
darunter VR China	1020	320	+9,8
Welt insgesamt	4610	12200	-

1 Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 1985
2 Nur Europa und Sowjetunion, nur materielle Nettoproduktion
(Quellen: Weiterentwicklungsbericht der Weltbank 1987, S. 195; World-Bank-Atlas 1987; Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 58. Jahresbericht, S. 12)

Für die Gegenwart ist allerdings festzustellen, daß die Entwicklungsländer ihre Produktion in der Tendenz kaum rascher steigern können als ihre Bevölkerungszahl zunimmt. Dabei gibt es zwei positive Ausnahmen: Die Volksrepublik China weist in den achtziger Jahren eine Zuwachsrate von deutlich über zehn Prozent im Jahr aus, so daß sie trotz des immer noch raschen Bevölkerungswachstums (die radikalen bevölkerungspolitischen Maßnahmen werden sich frühestens in der nächsten Generation auswirken) eine Pro-Kopf-Zuwachsrate von annähernd zehn Prozent erreicht – deutlich mehr als in den siebziger Jahren und auch deutlich mehr als die andere Ausnahme, die vier südostasiatischen „Schwellenländer“ Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur. Dort liegt die jährliche Pro-Kopf-Zuwachsrate bei sechseinhalb Prozent in den achtziger Jahren gegenüber etwa neun Prozent in den siebziger Jahren. Klammert man den Sonderfall der Volksrepublik China aus (ein sozialistisches Land, welches auch vor den Wirtschaftsreformen ein hohes Wachstum aufgewiesen hat – bei einem allerdings immer noch niedrigen Niveau), dann konnten die Entwicklungsländer in den achtziger Jahren überhaupt kein Pro-Kopf-Wachstum mehr erzielen. Nimmt man dann noch die vier „Schwellenländer“ heraus, dann errechnet sich sogar ein absoluter Rückgang der Pro-Kopf-Produktion für etwa die Hälfte der Menschheit. In Afrika und in Lateinamerika ist die Pro-Kopf-Erzeugung zwischen 1981 und 1987 um ein Sechstel bzw. ein Zehntel gesunken.

Betrachtet man die aktuelle Situation, so muß befürchtet werden, daß die Bilanz für 1988 und 1989 noch schlechter ausfällt. Insgesamt zeichnet sich in den meisten Ländern eine Wachstumsverlangsamung ab. In großen Staaten Lateinamerikas, in Mexiko und auch in Brasilien wird eine Rezession befürchtet.

Eine wichtige Ursache für den wirtschaftlichen Einbruch in großen Teilen der Dritten Welt sind die hohe Verschuldung und der Rückgang der Rohstoffpreise. Seit dem akuten Ausbruch der Schuldenkrise vollzieht sich ein Nettoressourcenabzug aus der Dritten Welt: In ihrem neuesten Entwicklungsbericht beziffert die Weltbank den Verlust allein als Folge von Kapitaltransfers und Zinszahlungen zwischen 1983 und 1987 auf 85 Milliarden Dollar, wobei die hochverschuldeten Länder mit einem Kapitalabzug von 93 Milliarden Dollar Hauptbetroffene waren. Eine Lösung der Schuldenkrise, die eben nicht nur das Verlustrisiko für die Banken mindert, sondern diese fatale Auszehrung der Armen und Ärmsten durch die Reichen beendet ist die Voraussetzung dafür, daß „Entwicklung“ (welcher Art auch immer) überhaupt wieder stattfinden kann. Gegenwärtig

geht es um Rückentwicklung in der Dritten Welt im brutalsten Sinne des Wortes.

1.3 Produktion

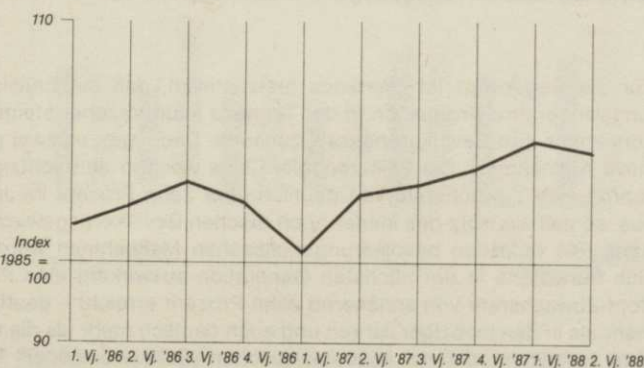
Es ist schon in der letzten Ausgabe der INFORMATIONEN darauf hingewiesen worden, daß die saisonbereinigten Angaben über die Entwicklung der Produktion und der Auftragseingänge durch den sehr milden Winter 1987/88 verzerrt worden sind. Im ersten Quartal fallen die Ergebnisse daher aus statistischen Gründen zu günstig aus, so daß der Rückgang im zweiten Quartal ebenfalls statistisch verzerrt ist. Wahrscheinlich würde sich – bei Ausschaltung dieser Faktoren – eine Stagnation aus dem hohen Niveau von Ende 1987 ergeben.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1986				1987				1988	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
101,5	102,3	103,3	102,4	100,4	102,9	103,2	103,9	105,0	104,5 ²

1 Index 1985 = 100
2 Vorläufig
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Der Vorjahresstand der Produktion wird allerdings noch immer etwas übertroffen, wenn auch der Abstand deutlich geringer geworden ist.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni ²
Insgesamt	+5,2	+3,9	+4,4	+0,6	+1,3	+3,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+7,5	+6,3	+6,8	+3,3	+4,0	+6,6
Investitionsgüter	+3,4	+2,7	+3,0	0,0	+1,7	+5,1
Verbrauchsgüter	+4,0	+2,4	+5,3	+1,3	+1,6	+4,3

1 1988 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd., S. 65)

Leicht nach oben gerichtet bleibt der industrielle Auftragseingang. Dabei wird diese schwache Aufwärtstendenz – nach einer Stagnation im zweiten Halbjahr 1987 – derzeit durch die Auslandsaufträge stimuliert, während bei den Inlandsaufträgen wenig Bewegung zu registrieren ist.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1986				1987				1988	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
109	109	109	106	105	107	112	109	112	114

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Dies zeigt auch der Vorjahresvergleich. Unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen liegen die Inlandsaufträge, insbesondere die für den Konjunkturverlauf wichtigen inländischen Investitionsgüteraufträge, nur wenig über dem entsprechenden Vorjahresstand, während der Abstand bei den Auslandsaufträgen noch immer sehr deutlich ausfällt.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Januar	+ 5,0	+ 6,6	+ 4,6	+ 3,9
Februar	+ 9,9	+ 10,5	+ 9,5	+ 9,8
März	+ 13,3	+ 15,6	+ 13,0	+ 11,1
April	+ 3,1	+ 5,9	+ 2,2	+ 2,1
Mai	+ 12,7	+ 14,1	+ 12,8	+ 10,3
Juni ²	+ 13,8	+ 13,1	+ 15,0	+ 11,0

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die vorliegenden Indikatoren über die Produktionsentwicklung im Bereich der materiellen Gütererzeugung lassen derzeit keine klare Tendenz erkennen. Immerhin ist festzustellen, daß es noch nicht zu dem hier erwarteten leichten Rückschlag, d. h. zum Eintritt in eine Phase schwach ausgeprägter Rezession, gekommen ist. Dies hängt nach wie vor in hohem Maße einmal von der anhaltend günstigen Exportkonjunktur ab, welche für außerordentlich stabile internationale Positionen der BRD spricht. Trotz der DM-Aufwertungstendenz, die bis zum Jahresanfang 1988 geherrscht hat, konnte sie ihren Weltmarktanteil halten. Zum anderen verlängern die niedrigen Importpreise insbesondere die Rohölpreise (u. a. eine Folge der starken DM) die günstige Konjunkturphase, weil sie mit einer Aufwertung der inländischen Kaufkraft verbunden sind.

1.4 Industriebranchen

In den meisten Bereichen der Industrie wird die wirtschaftliche Lage als zufriedenstellend bzw. sogar als günstig beurteilt. Dies ändert allerdings nichts daran, daß im Warenproduzierenden Gewerbe die Beschäftigtenziffern weiter sinken.

In der **eisenschaffenden Industrie** wird inzwischen sogar von einem „Aufschwung“ gesprochen. Die Nachfrage ist erheblich angestiegen, für 1988 rechnet die bundesdeutsche Stahlindustrie mit einem Anstieg der Rohstahlerzeugung um mehr als vier Prozent auf annähernd 38 Millionen Tonnen. Die Stahlhändler nutzen die auch international hohe Nachfrage zu kräftigen Preiserhöhungen, mit Stahl kann derzeit wieder „kräftig Geld verdient werden“, wie auf der Internationalen Tagung des Stahl- und Metallhandels in Großbritannien Ende Juni eingeräumt wurde. Ob dieser kleine „Stahlboom“ – der selbst die maroden US-Stahlkonzerne wieder in die Gewinnzone gebracht hat – von Dauer ist, wird aber bezweifelt: Die überraschend kräftige Zunahme der Nachfrage ist nämlich nicht mit der Entwicklung des Stahlverbrauchs zu erklären, sondern, geht überwiegend auf Lageraufstockungen zurück.

In der **chemischen Industrie** ist die Entwicklung ebenfalls günstig verlaufen als ursprünglich erwartet. Die Produktion lag im ersten Halbjahr 1988 um rund 6 Prozent über dem Vorjahresstand. Dabei expandierten vor allem die Auslandsverkäufe, aber auch im Inland konnten Zuwächse erreicht werden. Die günstige Absatzentwicklung bescherte den großen Chemiekonzernen eine traumhafte Gewinnentwicklung – sechs Jahre nacheinander sind die Erträge angewachsen, das Jahr 1987 brachte Rekordgewinne, welche aber 1988 nochmals kräftig übertroffen werden dürften. Dies wird sich allerdings „nicht in einer nennenswerten Beschäftigungszunahme niederschlagen“, wie der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) mitteilte. Klammert man den Effekt von Unternehmensaufkäufen aus, so ist die Belegschaftsentwicklung bei den drei Chemieriesen eher minimal rückläufig.

Auch hier ist zu bemerken, daß die sehr günstige Entwicklung in den **Grundstoffbereichen** – im Abschnitt 1.3 wurde gezeigt, daß die Grundstoffindustrien die Industriekonjunktur wesentlich stützten – z. T. mit der Lagerbildung zusammenhängt. Angesichts steigender Rohstoffpreise und einer in den letzten Monaten durchgesetzten Dollaraufwertung beileben sich die Produzenten, unter Ausnutzung der Niedrigpreisphase noch rasch die Lager aufzufüllen. Es ist daher anzunehmen, daß die Gesamtentwicklung derzeit noch durch diese vorübergehenden „lagerzyklischen“ Effekte gestützt wird.

Im wichtigen **Maschinenbau** wird die Situation etwas günstiger als vor einigen Monaten beurteilt. Angesichts einer aufwärts gerichteten Auftragsentwicklung rechnet die Branche nun mit einem leichten Produktionszuwachs im Jahresverlauf, der allerdings nicht ausreichen dürfte, um den rückläufigen Trend bei der Beschäftigung zu stoppen. Auch in der **Elektroindustrie** wurden die recht skeptischen Erwartungen vom Jahresanfang leicht nach oben korrigiert: Die Branche rechnet nun mit einem Produktionszuwachs in der Größenordnung von drei Prozent. Dabei stagniert die Beschäftigung im besten Fall.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	4. Vj. 1987	1. Vj. 1988	April	Mai
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 1,5	+ 4,5	+ 0,6	+ 0,8
Eisenschaffende Industrie	+ 1,9	+ 10,7	+ 5,5	0,0
Chemische Industrie	+ 5,2	+ 6,5	+ 5,0	+ 4,1
Maschinenbau	+ 0,7	+ 1,8	+ 4,6	+ 1,9
Straßenfahrzeugbau	+ 1,7	+ 1,1	+ 5,2	+ 2,0
Elektrotechnik	+ 0,4	+ 3,9	+ 3,8	+ 0,9
EDV-Geräte	+ 10,3	+ 7,8	+ 20,4	+ 1,9
Textilgewerbe	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,9	+ 5,2
Bekleidungsgewerbe	+ 6,6	+ 3,0	+ 6,2	+ 9,7
Bauhauptgewerbe	+ 2,3	+ 36,6	+ 4,7	+ 2,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Die **Automobilindustrie** ist eine der wichtigen Ausnahmen vom insgesamt freundlichen Bild der industriellen Branchen. Im ersten Halbjahr 1988 ging die Zahl der Pkw-Neuzulassungen im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Prozent zurück. Dies hielt die Hersteller allerdings nicht von Preiserhöhungen ab. Da die ausländische Konkurrenz ebenfalls weiter auf den westdeutschen Markt drängt und die Exportquoten der bundesdeutschen Automobilkonzerne kaum noch steigerungsfähig sind, ist mit einem leichten Produktionsrückgang im laufenden Jahr zu rechnen. Dies stellt allerdings nicht das eigentliche Problem dar. Unter dem Druck der weltweiten Konkurrenz konzentrieren sich die Automobilkonzerne auf Umstrukturierungen, Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen. Ein wichtiges Schlagwort bei dieser Strategie ist die „Senkung der Fertigungstiefe“ in den Automobilkonzernen: Der Anteil der selbstproduzierten Teile soll in den nächsten Jahren drastisch reduziert werden. Dies wird zu umfangreichen Personalreduzierungen führen, wie Pläne bei Opel und auch bei VW bereits jetzt schon öffentlich gemacht haben. Eine Studie der Universität Passau errechnete für die Automobilindustrie bis 1990 eine Personalreduktion von rund vier Prozent (30.000 Arbeitsplätze), bis 1995 sollen nochmals mehr als fünf Prozent (rund 40.000) abgebaut werden. Obwohl zu erwarten wäre, daß eine Verringerung der Fertigungstiefe bei der Zulieferindustrie zu vermehrter Beschäftigung führt, soll nach der gleichen Studie dort der Personalabbau nur wenig langsamer sein. Dies hängt damit zusammen, daß die modernen Kommunikationstechnologien eine enge Integration der Zulieferbetriebe in den Produktionsablauf erlauben – dazu sind aber nur die größeren Unternehmen in der Lage. Außerdem ist damit ein Abbau der Zulieferervielfalt verbunden – 1995, so schätzen die meisten Branchenkenner nach Angaben der erwähnten Studie, werden die Konzerne für ihre Zulieferteile jeweils höchstens noch zwei Unternehmen beauftragen. Es handelt sich also um eine völlig neue Organisation der Gesamtabläufe (nicht bloß innerhalb der Automobilkonzerne selbst), die offensichtlich einen gewaltigen Rationalisierungseffekt auf allen Ebenen der Herstellung beinhaltet. Hinzu kommt, daß mit

dem Übergang zum EG-Binnenmarkt die Produktionsverlagerung in die Peripherieländer der EG noch attraktiver als bisher wird.

Nach wie vor gedämpft ist die Stimmung in den **Textil- und Bekleidungsindustrien**. Die Produktions- und Absatzerwartungen gehen von einem leichten Rückgang im Jahresverlauf aus. Dies hängt zum großen Teil mit den Schwierigkeiten im Export zusammen – hier wirkt sich die wegen der starken DM ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit negativ aus, während der Inlandsabsatz mit Textilien dank der immer noch florierenden Konsumkonjunktur günstiger ist.

In der **Bauwirtschaft** ist es nach den – witterungsbedingten – Produktions- und Auftragsverbesserungen, die bis ins Frühjahr hinein gewirkt hatten, wieder zu einer gewissen Ernüchterung gekommen. Erwartungsgemäß fallen die entsprechenden Ziffern nun wieder ungünstiger aus, die vom Bundesbauministerium schon laut gefeierte Neubelebung der Baukonjunktur findet nicht statt. Ein Rückgang ergibt sich im öffentlichen Bau, während der Wohnungsbau (vor allem Eigentum) zugenommen hat. Angesichts der steigenden Zinsen dürfte dies aber kein stabiler Trend sein. Die Branche hofft derzeit für 1988 auf einen leichten Produktionszuwachs von ein bis zwei Prozent, was aber den Abbau von jährlich rund drei Prozent der Arbeitsplätze (derzeit wenig über 900.000) nicht verlangsamt.

1.5 Investitionen

Obwohl die konjunkturelle Entwicklung sich etwas gefangen hat, ist die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit verhalten geblieben. Der Trend zur Abschwächung der Investitionen hat nur deshalb nicht angehalten, weil sich die Bauinvestitionen etwas belebt haben.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1987	1988 ²	1989 ²
Ausrüstungen	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,0
Bauten	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, zu festen Preisen
2 Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 26–27/1988)

Ob dies für eine dauerhafte Baubelebung spricht, darf bezweifelt werden. Hauptursache für die günstigere Entwicklung ist das milde Winterwetter, das die Bautätigkeit im ersten Quartal 1988 gestützt hat. Die Auftragsentwicklung in der Bauwirtschaft hat sich jedenfalls schon im April wieder verlangsamt. Während die Bauinvestitionen sich wohl auch im gesamten Jahr 1988 etwas günstiger entwickeln werden als im letzten Jahr, gilt dies nicht für die Ausrüstungsinvestitionen. Dort hält der Trend zur Investitionsverlangsamung an.

Dies zeigt sich deutlich an den Investitionsplanungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, die regelmäßig vom IFO-Institut für Wirtschaftsforschung durch Unternehmensbefragungen erfaßt werden. Demnach planen die Unternehmen dort insgesamt 1988 nur noch einen leichten realen Investitionsanstieg um etwa drei Prozent. Dabei ist nur im Grundstoffbereich eine gewisse Investitionsbelebung zu registrieren, während vor allem im Investitionsgüterbereich das Vorjahresniveau nur noch wenig überschritten werden soll.

Industrielle Investitionen (Mrd. DM)¹

	1986	1987	1988
	71,4	74,4	77,4

1 In jeweiligen Preisen
(Quelle: IFO-Schnelldienst, 17/1988, S. 4)

Auffallend ist, daß im Vergleich mit den Herbstplanungen die beiden wichtigsten Branchen Automobilindustrie und Elektrotechnik ihre ursprünglichen Investitionspläne um fünf bzw. um sieben Prozent gekürzt haben.

Vergleichsweise stark sollen die Investitionen der Chemischen Industrie gesteigert werden: Um 10 Prozent. Überraschend ist, daß die Investitionsvorhaben in den Verbrauchsgüterindustrien nur schwach expansiv sind, auch hier überwiegt die Tendenz zur Investitionsverlangsamung.

Obwohl die Kapazitätsauslastung der Industrie nach den letzten Angaben des IFO-Instituts im Juni auf 86 Prozent angestiegen ist und damit über dem Vorjahresstand liegt, planen die Unternehmen deutlich weniger Erweiterungsinvestitionen als im Vorjahr.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1985	1986	1987	1988
Kapazitätserweiterung	33	42	40	37
Rationalisierung	44	34	37	40
Ersatzbeschaffung	23	24	23	23

¹ Anteile in %, 1988 geplant
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 17/1988)

Auch hier fällt auf, daß der Anteil der geplanten Erweiterungsinvestitionen ausgerechnet in den verbrauchsnahe Bereichen mit 28 Prozent unterdurchschnittlich niedrig ist. Auffällig ist auch, daß in den Investitionsgüterbereichen der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen besonders hoch ist, der Anteil der Ersatzinvestitionen aber mit nur 16 Prozent extrem niedrig. Dies ist offensichtlich Ausdruck des massiven Umstrukturierungsprozesses im Investitionsgüterbereich, wo die Ausbreitung der neuen Technologien besonders rasch verläuft. Dafür sprechen auch die Antworten auf die IFO-Fragen nach dem Investitionsziel „Einführung neuer Produktionsmethoden“: 73 Prozent der Investitionen im Investitionsgüterbereich dienen in erster Linie diesem Ziel, während es im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes „nur“ 59 Prozent sind.

Der „Investitionszyklus“ läuft offensichtlich 1988 allmählich aus, wofür der Rückgang bei den Erweiterungsinvestitionen spricht. Die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit wird jedoch gestützt durch den hohen, gegenüber der Nachfrage teilweise „autonomen“, Rationalisierungsbedarf. Es ist daher wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit zu einer Stagnation bzw. sogar zu einem leichten Investitionsrückgang kommen wird – ein scharfer Einbruch der Investitionsnachfrage mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Gesamtkonjunktur ist aber derzeit nicht absehbar.

1.6 Außenwirtschaft

Noch immer wird die Beurteilung des Außenhandels durch die Folgen der statistischen Umstellung zum Jahresbeginn erschwert. Einmal kommen die Zahlen nur mit großer Verspätung, zum anderen widersprechen sich die günstigen Ziffern über Auftragseingänge einerseits und die eher ungünstigen Ergebnisse der Außenhandelsstatistik. Nach den bisher vorliegenden Ziffern waren die Importe – bereinigt um Preisveränderungen – in den ersten fünf Monaten des Jahres um rund zwei Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit, die Ausfuhren dagegen etwas niedriger (rund ein Prozent). Dagegen schätzt z. B. das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für das erste Halbjahr 1988 die Exportzunahme auf zweieinhalb, die Importzunahme auf fünf Prozent – es geht dabei von einer kräftigen Zunahme des Welthandels (um fünf-einhalb Prozent 1988) und einer stabilen bundesdeutschen Wettbewerbsposition aus: So kommt es zu einer erwarteten Zuwachsrate für den Außenhandel um dreieinhalb (Export) bzw. vier Prozent (Import) für 1988. „Nicht auszuschließen ist daher, daß die Erfassung der Exporte zu Jahresanfang unvollständig war und dies auch bleiben wird“ meint das Institut zur Aussagekraft der neuen Außenhandelsstatistiken (DIW-Wochenbericht 26-27/88, S. 345).

Der extrem hohe Überschuß der Bundesrepublik sowohl im Warenhandel als auch in der gesamten Leistungsbilanz wird sich auf jeden Fall kaum zurückbilden.

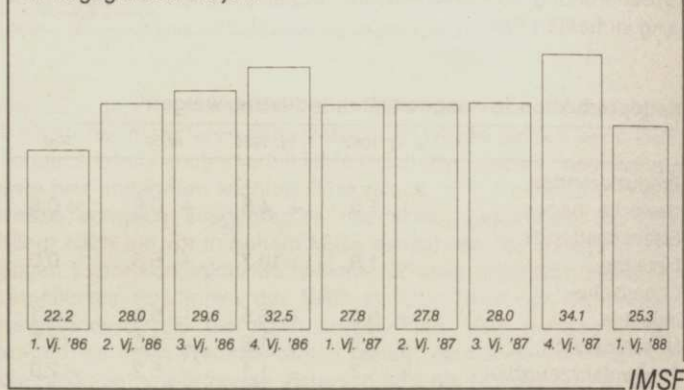
Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 86	130,3	– 2,6	108,8	– 10,1	+ 22,2	+ 62,0
2. Vj. 86	135,0	– 2,7	107,0	– 9,6	+ 28,0	+ 36,6
3. Vj. 86	126,1	– 3,6	96,5	– 14,8	+ 29,6	+ 69,1
4. Vj. 86	135,1	– 2,5	102,6	– 10,7	+ 32,5	+ 43,2
1. Vj. 87	127,3	– 2,3	99,5	– 7,7	+ 27,8	+ 11,4
2. Vj. 87	129,3	– 4,2	101,6	– 5,0	+ 27,8	– 0,7
3. Vj. 87	127,5	+ 1,1	99,5	– 3,0	+ 28,0	– 5,4
4. Vj. 87	143,0	+ 5,8	108,9	+ 6,1	+ 34,1	+ 4,9
1. Vj. 88	128,3	+ 0,8	103,0	+ 3,5	+ 25,3	– 9,2
2. Vj. 88	143,8	+ 11,2	111,4	+ 9,6	+ 34,0	+ 22,3

¹ in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Außenhandel der BRD

In % gegenüber Vorjahr



IMSF

Eine immer noch wachsende Rolle spielt der Kapitalexport. Die Direktinvestitionen erreichten 1987 – wie schon in der vorangegangenen Ausgabe der INFORMATIONEN dargestellt – den Stand von etwa 13 Milliarden DM. Hier sei die Entwicklung nochmals anhand der Statistik des Bundesministeriums der Wirtschaft dargestellt. Wegen einer anderen Systematik fallen die Ziffern etwas anders aus als bei der Bundesbank.

Direktinvestitionen

	Deutsche DI im Ausland in Mrd. DM			Ausländische DI in BRD in Mrd. DM		
	brutto	Rückflüsse	netto	brutto	Rückflüsse	netto
1978	7,7	1,6	6,1	5,8	1,7	4,1
1979	9,2	1,4	7,8	4,2	2,3	1,9
1980	10,8	2,7	8,2	4,5	2,1	2,4
1981	12,6	2,8	9,8	6,3	2,2	4,0
1982	13,2	3,4	9,8	6,4	2,3	4,1
1983	13,7	5,9	7,8	7,3	4,3	3,1
1984	15,0	5,7	9,3	7,9	4,9	3,1
1985	21,2	7,5	13,6	7,8	4,3	3,6
1986 ¹	23,8	7,3	16,4	10,7	8,4	2,3
1987 ¹	18,6	5,9	12,8	7,7	7,7	0,0

¹ Wegen Umstellung der Statistik nur bedingt vergleichbar
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft)

Neben den Direktinvestitionen haben auch alle anderen Formen von Kapitalexport zugenommen. In den ersten fünf Monaten von 1988 flossen mehr als 40 Milliarden DM ins Ausland ab, fast soviel wie im ganzen Jahr 1987. Im Mittelpunkt stand dabei der Erwerb ausländischer Wertpapiere. Die hohen Unternehmensgewinne, die für inländische Investitionen nicht benötigt werden, fließen zu einem Teil ins Ausland, vor allem als Geldkapitalanlagen.

Alle Ziffern belegen eine geradezu glänzende internationale Wettbewerbsposition der Bundesrepublik – was natürlich die immerwährenden Klagen der Unternehmer und ihrer konservativen Interessenvertreter in Wissenschaft und Politik über zu hohe Löhne, zu hohe Lohnnebenkosten und zu hohe Steuerbelastungen auf die Gewinne nicht gerade unterstützt.

Doch unbeirrt durch die Fakten haben die Konservativen aus der Not eine Tugend gemacht und nutzen nun die glänzenden Zahlen

über Direktinvestitionen und Kapitalexport für eine Diskussion über die angebliche Bedrohung des „Industriestandorts Bundesrepublik“. Dabei beziehen sich die Verfechter dieser These auf die hohen Direktinvestitionen im Ausland und auf die vergleichsweise niedrigen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik. Nun müßte schon ein Blick auf den Außenhandelsüberschuß und auf die Weltmarktpositionen der BRD insbesondere im Investitionsgüterbereich, dort vor allem bei Hochtechnologieprodukten, solche Behauptungen Lügen strafen. Faßt man z. B. die „Zukunftsindustrien“ (Elektronik, Nachrichtentechnik, Datenverarbeitung, Meß- und Regeltechnik, Werkzeugmaschinen, Medizintechnik, Pharma) zusammen, so entfällt bei diesen Produkten auf die BRD ein Anteil an den Weltexporten von 17 Prozent (1986), womit sie vor Japan (16 Prozent) und den USA (11 Prozent) an der Weltspitze liegt.

Die Promotoren der Industriestandortdiskussion bekümmern sich auch wenig darum, daß die hohen Direktinvestitionen in engem Zusammenhang mit den hohen Exportüberschüssen stehen. Direktinvestitionen sind überwiegend marktorientiert. Hohe Direktinvestitionen im Ausland sind ein Indikator für eine außerordentlich hohe Wettbewerbsfähigkeit – und nicht darauf zurückzuführen, daß das Kapital wegen der hohen Löhne und Steuern das Land flieht. Auch der Verweis auf die rückläufigen Direktinvestitionen von Ausländern in der BRD ist kein Beleg für die Unattraktivität des „Industriestandorts Bundesrepublik“. Diese sind schließlich bis 1985 nicht zurückgegangen, es ist im Gegenteil zu wachsenden Zuflüssen gekommen. Dem entsprechen auch wachsende Rückflüsse. Die beiden Jahre 1986 und 1987 stellen dabei eine gewisse Ausnahme dar, weil die Aufwertung der DM insbesondere gegenüber dem Dollar den Verkauf deutscher Beteiligungen finanziell besonders attraktiv gemacht hat. Der steile Anstieg der Kapitalexporte in die USA seit 1985 ist ebenfalls teilweise wechselkursbedingt. Schließlich sei abschließend zu diesem Thema noch darauf verwiesen, daß nach allen Statistiken die Lohnstückkosten in den achtziger Jahren in der Bundesrepublik deutlich langsamer gestiegen sind als in fast allen anderen kapitalistischen Industrieländern.

Lohnstückkosten 1983–1987¹

BRD	+ 1,3
Frankreich	+ 4,8
Italien	+ 8,6
Großbritannien	+ 4,2
EG-Durchschnitt ²	+ 4,9
USA	+ 3,0
Japan	+ 1,1

¹ In Landeswährung, jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent
² Ohne BRD
(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Beilage zu „Die Mitbestimmung“, 5/1988)

Gemessen an der „Wertschöpfung je Arbeitskosteneinheit“ liegt die Bundesrepublik international in einem Mittelpfad, vor den meisten westeuropäischen Ländern, vor allem aber vor den USA.

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Konzentration

Die verschärfte imperialistische Konkurrenz im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert wurde von den bundesdeutschen Konzernen vor Jahren schon als „Herausforderung“ angenommen. Den Erfolg belegen nicht nur die anhaltenden Exporterfolge – trotz aller Währungskursschwankungen. Auch die Konzentration und Zentralisa-

tion des Kapitals erreicht inzwischen – zumindest annähernd – Größenordnungen, wie sie die in dieser Hinsicht führenden Länder USA und Japan kennzeichnen. Die jährliche Übersicht der Zeitschrift „Fortune International“ über die größten Unternehmen der (kapitalistischen) Welt zeigt drei bundesdeutsche Firmen unter den ersten zwanzig; sie haben alle gegenüber 1986 ihre Position verbessert. Daimler-Benz stieg von Platz 13 auf 11, VW von 18 auf 15 Siemens (wegen der Abrechnung des AKW Brokdorf) von 25 auf 18.

Die 20 größten Unternehmen der Erde 1987

Rang	Name	Land	Umsatz (Mrd. \$)
1	General Motors	USA	102
2	Royal Dutch/Shell	NL	78
3	Exxon	USA	76
4	Ford Motor	USA	72
5	IBM	USA	54
6	Mobil	USA	51
7	BP	GB	45
8	Toyota	J	42
9	IRI	It	41
10	General Electric	USA	39
11	Daimler-Benz	BRD	38
12	Texaco	USA	34
13	AT & T	USA	31
14	I. E. DuPont	USA	31
15	Volkswagenwerk	BRD	30
16	Hitachi	J	30
17	Fiat	It	30
18	Siemens	BRD	27
19	Matsushita	J	27
20	Unilever	NL	27

Quelle: Fortune; zit. n. FAZ, 26. 7. 1988

Bei den 50 größten kapitalistischen Konzernen sind 8,8 Mio. Arbeiter und Angestellte beschäftigt; mehr als die Bevölkerung Schwedens. Der gesammelte Profit betrug 5 Mrd. Dollar – fast doppelt so viel wie das Bruttosozialprodukt Irlands (FAZ, 26. 7. 88). Die Umsätze dieser Firmengruppe sind im letzten Jahr um 14 Prozent und die Profite um 17 Prozent gestiegen (wobei allerdings die Kurschwankungen des Dollars eine Rolle spielen).

Innerhalb der EG findet sich Daimler-Benz auf Platz 4 der Rangliste. DB ist der größte rein private Industriekonzern im kapitalistischen Europa (Shell und BP haben den Schwerpunkt im Ölgeschäft, IRI im Elektrizitätsbereich mit staatlicher Beteiligung). Deshalb und durch seine starke Position in der Rüstungsproduktion ist Daimler-Benz vermutlich jetzt schon das mächtigste Monopol Europas.

Die 10 größten Unternehmen in der EG 1987

Rang	Name	Land	Umsatz (Mrd. ECU)
1	Royal Dutch/Shell	NL	67,6
2	BP	GB	41,5
3	IRI	It	34,8
4	Daimler-Benz	BRD	32,5
5	Deutsche Bundespost	BRD	26,5
6	Volkswagenwerk	BRD	26,3
7	BAT	GB	25,7
8	Fiat	It	25,0
9	Siemens	BRD	24,8
10	Unilever	NL	23,6

Quelle: Handelsblatt, 27. 7. 88

Die zehn „beschäftigungsintensivsten“ Konzerne in der EG hatten zusammen 3 464 000 Beschäftigte; das entspricht der Einwohnerzahl Irlands. Die zehn profitabelsten Konzerne erzielten 17,3 Mrd. ECU (35,8 Mrd. DM). Von den hundert größten EG-Monopolen hatten 35 ihren Stammsitz in der BRD, 25 in Großbritannien, 24 in Frankreich, je sechs in Italien und Holland und je zwei in Spanien und Belgien.

Innerhalb der BRD haben sich die Positionen der Konzerne untereinander im letzten Jahr nicht stark verändert. Daimler-Benz, VW und Siemens bilden die Spitzengruppe, mit deutlichem Abstand zum Rest. Die Veba ist durch den Ausbau der Chemieproduktion vor die BASF gerückt. Bei den Chemieriesen gab es insgesamt Umsatzeinbußen, die aber nur dem Kursverfall des Dollars zuzuschreiben sind. Real gab es auch hier ein kräftiges Wachstum. Etliche Positionsverbesserungen kamen durch die Eingliederung neuer Unternehmen zustande; das gilt z. B. für die Degussa (Leybold), die Preussag (Bergmann) und Asko (Schaper).

Die 10 größten Unternehmen in der BRD 1987

Rang	Name	Umsatz (Mrd. DM)	Besch. (Tsd.)
1	Daimler-Benz	67,5	326,3
2	Volkswagenwerk	54,6	260,6
3	Siemens	51,4	359,0
4	Veba	40,5	74,1
5	BASF	40,2	133,8
6	Bayer	37,1	164,4
7	Hoechst	37,0	167,8
8	RWE	27,7	68,8
9	Thyssen	26,6	123,4
10	Bosch	25,4	161,3

Quelle: FAZ, 23. 7. 1988

Diese Tabelle führt nur die reinen Industriekonzerne auf. Auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen bilden sich jedoch Strukturen heraus, die mit der Industrie vergleichbar sind. Bezieht man die Handels- und Dienstleistungsbetriebe ein, dann wären in die obige Liste noch nachfolgende Konzerne einzugliedern:

	Umsatz	Besch.
Bundespost	55,1	559,1
Tengelmann	29,5	130,3
Allianz-Versicherungen	25,9	41,1

Diskret im Hintergrund bleiben die Banken. Deren Einbeziehung verbietet sich, weil ihre Größe nicht nach Umsatz, sondern nach dem Geschäftsvolumen bzw. der Bilanzsumme gemessen wird. Die Deutsche Bank steht innerhalb Europas auf dem dritten Rang (nach BNP und CNCA, Frankreich), die Dresdner Bank folgt auf Platz 8. In der Liste der 20 größten europäischen Banken finden sich je fünf deutsche und französische, vier britische, drei Schweizer, zwei holländische und eine italienische (Wirtschaftswoche, 24. 6. 1988). Ziel der Deutschen Bank ist es, durch den Kauf von Banken in Nachbarländern an die Spitze der Rangskala zu kommen. Der Abstand zur Nummer 1 ist nur noch gering.

2.2 Unternehmergewinne

Zum Monopol gehört der Profit; er ist seine Existenzgrundlage. Machtstrukturen, wie sie im vorigen Kapitel geschildert wurden, haben ökonomische und politische Auswirkungen: z. B. die „Liquiditätsschwemme“ auf den kapitalistischen Geldmärkten. Aber kein Profit ist je groß genug. Je mächtiger die Monopole werden, desto mehr Druck üben sie auf die Regierungen aus, damit diese die Bedingungen für die Profiterzielung verbessern.

Die derzeitige Bundesregierung will – wenn sie die nächste Wahl gewinnt – eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung mit dem Ziel der Entlastung durchführen. Die Begründung eines solchen Vorhabens fällt nicht ganz leicht in einer Zeit, wo der Finanzminister allenthalben über fehlendes Geld für Projekte wie den Airbus oder den „Jäger 90“ klagt. Dies, zumal ab 1990 der Spitzensatz bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt wird.

Deshalb schwillt der Chor jener Stimmen nicht ab, die die allzu hohe – ja fast schon ruinöse – Steuerbelastung der Betriebe bejam-

mern und die zu niedrigen Profitraten für ungelöste Probleme verantwortlich machen. Die Debatte leidet oft daran, daß die amtliche Statistik wenig differenziertes Material zum Thema liefert. Vor diesem Hintergrund ist es eine Untersuchung des WSI vom Juli wert, ausführlicher zitiert zu werden (WSI-Mitteilungen 7/88, S. 385 ff.).

Besonders verdienstvoll ist an ihr, daß versucht wurde, die sehr pauschale Kennziffer „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ präziser zu fassen und den eigentlichen Unternehmensbereich auszuheben. Dazu wurden die Einkünfte aus Wohnungsvermietung, Land- und Forstwirtschaft, die Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer und Rentner sowie die Einkünfte von Bahn, Post und Staat abgezogen. Übrig blieb das, was realistisch als Unternehmereinkommen gelten darf (wobei die Spanne immer noch von der Änderungsschneiderei bis zum Großkonzern reicht). Daß die Unternehmer Einkommensteile bei der Bilanzierung verschleiern und sich durch privaten Griff in die Firmen bedienen können („Firmenautos“ etc.) sei zumindest am Rande auch vermerkt.

Entwicklung der Unternehmenseinkommen 1980–1987

Jahr	Br. EK aus U. u. V. Mrd. DM	v. H. z. Vj.	Br.-Unternehmereinkommen Mrd. DM	v. H. z. Vj.
1980	304,0	– 1,9	248,7	– 1,4
1981	304,3	0,1	249,2	0,2
1982	321,0	5,5	254,5	2,1
1983	365,3	13,8	305,4	20,0
1984	403,9	10,0	332,3	8,8
1985	430,3	6,5	353,0	6,2
1986	472,1	9,8	393,4	11,4
1987	490,8	4,0	418,8	6,5

Quelle: WSI-Mitt. 7/88; Berichte der Bundesbank, lfd.

Für die Steuerrückfrage besonders interessant ist der Vergleich von Brutto- und Nettoprofiten. Nur 1984 und 1985 stiegen die Einkommen netto geringer als brutto, ansonsten ist die Steuerlastquote der Unternehmer gesunken.

1980 bis 1987 stiegen die Nettoprofiten insgesamt um 112 Prozent; die effektive Steuerbelastung von 28 Prozent entspricht der eines abhängig Beschäftigten mit 5000,- DM monatlich (Steuerklasse I/IV). Das bezieht sich wohlgerneht nicht nur auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sondern auf alle direkten Unternehmenssteuern (einschließlich Kostensteuern etc.).

Die Bundesbank kam etwa gleichzeitig zu einem in der Tendenz ähnlichen Ergebnis. Sie untersuchte die Jahresabschlüsse von über 55 000 Unternehmen zwischen 1983 und 1986 (Bundesbankberichte 7/88, S. 20 ff.). Dort wird festgestellt, daß die Jahresüberschüsse im Jahresdurchschnitt brutto um 7,5 Prozent und netto um 12,5 Prozent gestiegen sind.

Die Autoren führen das zum einen auf kräftige Absatzsteigerungen, zum anderen auf Erfolge bei der Kostendämpfung und steuerliche Entlastungen zurück. Dementsprechend habe sich auch die Rentabilität „spürbar verbessert“. Sie wird von der Bundesbank als Anteil der Jahresüberschüsse am Umsatz errechnet. Diese „Umsatzrendite“ stieg zwischen 1983 und 1986 brutto von 4 auf 5, netto von 1,5 auf 2,2 Prozent. Zu dieser Kennziffer muß aber angemerkt werden, daß sie nur auf den Zahlen beruht, die die Unternehmen veröffentlichten. Die zahlreichen Möglichkeiten des Bilanzrechts, Profite zu verschleiern, schlagen sich hier nieder. Die Tendenz allerdings dürfte zutreffend ausgedrückt werden.

Was geschah mit den Profiten? Für Investitionen wurde nur vergleichsweise wenig aufgewandt. Die Nettoinvestitionen der Unternehmen sind 1987 mit 114 Mrd. deutlich unter dem Niveau von 1980 (132 Mrd.) geblieben (WSI-Studie, S. 386); dafür haben sich die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland zwischen 1983 und 1986 auf 29 Mrd. verdoppelt (Bundesbank-Analyse, S. 26). Der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland ist von 74 Mrd. (Ende 1980) auf 134 Mrd. (Ende 1986) gewachsen – „ein Anstieg, wie er vorher nicht annähernd zu beobachten gewesen ist“ (Handelsblatt, 27. 7. 1988).

Derartige Untersuchungsergebnisse sind nicht das, was die Unternehmerverbände für ihre Öffentlichkeitsarbeit brauchen. Deshalb unterhalten sie ein eigenes Forschungsinstitut, das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Dieses veröffentlichte Ende Juli auch eine Profituntersuchung, die jedoch zu anderen Ergebnissen kam. Das IW verwandte nicht die sonst üblichen Kennziffern wie Umsatzrendite oder verzinstes Eigenkapital, sondern es erfand eine neue. Entscheidend für das unternehmerische Gebaren sei die „Risikoprämie“. Es wird der Jahresüberschuß plus Steuern und gezahlte Zinsen in Prozent der Bilanzsumme ausgerechnet. Von dieser „Bruttogesamtkapitalrendite“ wurde die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere abgezogen. Die Differenz wurde dann als Risikoprämie für investierte Finanzmittel definiert. Sie müsse deutlich positiv sein, wenn ein Unternehmer sein Geld im eigenen Unternehmen anlegen solle.

Festzuhalten bleibt, daß das IW damit einen zentralen Punkt der Kritik an den monetaristischen Wirtschaftskonzepten bestätigt. Eine Beschränkung der Politik auf die Steigerung der Profitraten bewirkt höchstens nebenbei mehr Investitionen, weil die Unternehmen immer alternative Anlagemöglichkeiten im Ausland oder im Finanzsektor finden. Das IW packt den Stier bei den Hörnern und leitet daraus die Forderung nach Profitraten ab, die dauerhaft über den Renditen von Finanzanlagen liegen.

Allerdings: Die genannte Risikoprämie erweist sich für die siebziger und achtziger Jahre als opulenter denn vermutet. Zwischen 1971 und 1986 lag sie im Jahresdurchschnitt bei 3,6 Prozent (ohne den fiktiven Unternehmerlohn bei 1,8 Prozent). Jede in den Firmen eingesetzte Mark, egal aus welchen Quellen (Privateinlagen, Rücklagen, Rückstellungen oder Kredit) brachte 3,6 Prozent mehr, als wenn sie in Staatspapieren angelegt worden wäre. Zwischen 1981 und 1986 ist die Risikoprämie besonders rasch gestiegen (1986: 5 Prozent).

Dieses Ergebnis kann das IW nicht abliefern. Einwände sind denn auch rasch gefunden: Einerseits nehme die Bedeutung von Einnahmen wie Zinsen und Beteiligungserlöse zu, besonders aber entstammten die verwendeten Daten der Bundesbankstatistik, bei der die allerärmsten Betriebe nicht erfaßt würden. Das IW zieht deshalb zusätzlich die Angaben des Statistischen Bundesamts über die Jahresabschlüsse im produzierenden Gewerbe heran.

Und jetzt ergibt sich die gesuchte negative Risikoprämie (0,6 Prozent im Jahresdurchschnitt). Also stimmt es doch: Die Unternehmer investieren so wenig, weil sie ihr Geld woanders besser angelegt finden. (Die Frage, weshalb die Mehrzahl der Unternehmen, für die die Risikoprämie günstig ist, sich genauso verhalten, stellt das IW nicht.)

Unabhängig davon, wie man die Güte der genannten Analyse bewertet, könnte man darauf hinweisen, daß dieser Zusammenhang z. B. in den INFORMATIONEN schon seit Jahren festgestellt wird. Hier wie auch in anderen Veröffentlichungen (z. B. den Memo-Gutachten) wird daraus allerdings der Schluß gezogen, daß die Verwendung der Unternehmerprofite öffentlich kontrolliert und der Mitbestimmung unterworfen werden muß. Darauf kommt man beim IW natürlich nicht.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse der letzten Monate brachten alles in allem Einkommensverbesserungen um etwa dreieinhalb Prozent. Dies wurde aber in der Regel durch lange Laufzeiten und niedrige Steigerungssätze in den nächsten Jahren erkaufte. Aktuell allerdings sichern die Einkommensverbesserungen die Kaufkraft.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
+3,7	+3,4	+3,3	+3,3	+2,6	+2,8

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Dies und die Steuerentlastungen des laufenden Jahres bewirken eine Fortsetzung der seit 1986 wieder positiven Reallohnentwicklung. Erst für das zweite Halbjahr 1988 zeichnet sich eine deutliche Verlangsamung ab. 1989 – wegen der langfristigen Laufzeiten der Tarifabschlüsse ist eine solche Tendenzprognose begründet – wird es aber bestenfalls zu einer Reallohnstagnation, eher zu einem Rückgang, kommen.

Reallohnentwicklung¹

	1987	1. Hj. 1988	2. Hj. 1988	1989
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+3,8	+3,5	+3,0	+3,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+2,6	+4,0	+3,0	+2,0
Je Beschäftigten	+1,8	+3,5	+2,5	+1,5
Inflationsrate	+0,2	+1,0	+1,5	+2,5
Realeinkommen je Beschäftigten	+1,6	+2,5	+1,0	– 1,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des Frühjahrgutachtens
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 26–27/1988)

Da aber erst im laufenden Jahr das Realeinkommensniveau von 1979 überschritten sein wird, scheint für den gesamten Zeitraum der achtziger Jahre nicht mehr als eine Stagnation der Kaufkraft der Nettoeinkommen der Beschäftigten erreicht worden sein – während die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten im gleichen Zeitraum um rund ein Fünftel angestiegen sein dürfte.

3.2 Preise

Die aktuellen Ziffern spiegeln die anrollende kleine „Preiswelle“ noch nicht wider – erst im zweiten Halbjahr 1988 werden sich die zahlreichen Preisanhebungen in der Statistik niederschlagen. Vor allem für 1989 sind – z. T. bedingt durch die geplanten Verbrauchssteigererhöhungen – massive Preiserhöhungen zu erwarten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das für das zweite Halbjahr 1988 eine Inflationsrate von eineinhalb Prozent prognostiziert (und damit wohl immer noch recht optimistisch ist), erwartet für 1989 bereits eine durchschnittliche Verteuerung des Privaten Verbrauchs um zweieinhalb Prozent.

Lebenshaltung 1987¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Januar	+0,2	+0,7
Februar	+0,3	+0,9
März	+0,1	+1,0
April	+0,3	+1,0
Mai	+0,2	+1,1
Juni	+0,2	+1,1
Juli	–0,1	+1,0

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Derzeit liegen die Mineralölpreise immer noch deutlich niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit – die etwas angezogenen Rohölpreise und der Anstieg des Dollarkurses seit dem Jahresbeginn dürften aber schon in der näheren Zukunft diesen Entlastungsfaktor beseitigen. Stabil sind noch immer die Nahrungsmittelpreise. Massiv steigen dagegen die Preise für Dienstleistungen und für Wohnungsmieten. Im Juni lagen die Wohnungsmieten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 2,2 Prozent über dem Vorjahresstand. Für Altbauwohnungen beläuft sich die entsprechende Erhöhung sogar auf 3,1 Prozent.

Preisaufrichtungstendenzen sind auf allen Ebenen der Wirtschaft spürbar.

Ausgewählte Preise 1987¹

	Industriepreise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Importpreise	Großhandelspreise
Januar	+0,2	+1,4	-1,0	-0,7
Februar	+0,5	-0,4	+0,1	-0,4
März	+0,6	-1,6	-0,3	-0,2
April	+1,3	-2,9	-0,1	+0,2
Mai	+1,4	-2,7	+0,2	+0,5
Juni	+1,6	-1,2	+0,6	+1,2
Juli	+1,4	-	-	-

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die internationalen Rohstoffpreise liegen im langfristigen Vergleich immer noch außerordentlich niedrig. Aktuell allerdings überwiegen Preisauftriebstendenzen. Dabei stellte lediglich das Rohöl eine gewisse Ausnahme dar.

Die meisten anderen Rohstoffe aber haben sich im ersten Halbjahr 1988 verteuert. Dies ist kein dauerhafter Trend, da die Nachfrage derzeit vor allem durch die Lagerbildung stimuliert wird. Außerdem spielt für bestimmte landwirtschaftliche Rohstoffe die Dürre in den USA eine Rolle, die nach vorsichtigen Schätzungen dort etwa ein Viertel der Ernte an Getreide, Soja und Mais vernichtet haben dürfte. Schließlich schlägt mit dem Ende der Dollarabwertung (zwischen Ende Dezember 1987 und August 1988 ist der Dollarkurs immerhin um rund 30 Pfennig auf über 1,85 DM angestiegen) der Anstieg der internationalen Rohstoffpreise auch auf die Bundesrepublik durch. Der auf DM-Basis errechnete VWD-Index der Rohstoffpreise lag Mitte Juli mit rund 170 (Index 1972 = 100) um rund 30 Prozent über dem Vorjahresstand. Auf lange Sicht sind damit die Rohstoffimportpreise der Bundesrepublik aber immer noch deutlich langsamer gestiegen als die industriellen Erzeugerpreise: Diese haben sich im Zeitraum 1972/88 nahezu verdoppelt.

3.3 Steuern und Staatshaushalt

Das Bundeskabinett hat im Juli den Bundeshaushaltsplan für 1989 verabschiedet. Er sieht einen – im Vergleich zu den Vorjahren – relativ kräftigen Ausgabenanstieg um 4,6 Prozent vor, welcher jedoch zum großen Teil durch höhere Verbrauchsteuern finanziert werden soll. Die Neuverschuldung, die für 1988 (recht optimistisch) auf 39 Milliarden DM angesetzt worden ist, soll auf 32 Milliarden 1989 reduziert werden. Dabei setzt der Finanzminister auf einen wieder kräftig steigenden Bundesbankgewinn von fünf Milliarden DM. 1988 ist diese Finanzierungsquelle praktisch völlig ausgefallen. Den Schätzungen für 1988 und den Planungen für 1989 liegen allerdings recht optimistische Annahmen über die Wirtschaftsentwicklung zugrunde, so daß zu befürchten ist, daß die Haushaltssituation sich vor allem im kommenden Jahr weit ungünstiger gestalten wird. Immerhin ist positiv zu vermerken, daß die Bundeshaushaltsplanung selbst nicht restriktiv angelegt ist, d. h. die propandistisch vorgeschobene „Konsolidierung“ wurde als Hauptziel der Haushaltspolitik – wie schon in den Vorjahren – in den Hintergrund geschoben.

Bundeshaushaltsplan 1989

	Mill. DM	Anstieg gegenüber 1988 in %
Ausgaben insgesamt	288 150	+ 4,6
darunter		
Wirtschaft	7 490	+20,0
Landwirtschaft	9 520	+11,6
Arbeit und Soziales	66 900	+ 8,3
Verkehr	24 900	+ 0,3
Verteidigung	53 300	+ 3,8
Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit	19 700	+ 1,7
Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit	530	+ 8,3
Forschung/Technologie	7 650	+ 2,9
Bildung/Wissenschaft	3 560	+ 3,2
Bundesschuld	37 020	+ 3,2
Allgemeine Finanzverwaltung	17 700	+10,3

(Quelle: Pressemitteilungen der Bundesregierung)

Die zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von knapp 13 Milliarden DM hängen in hohem Maße mit dem höheren Subventionsbedarf für Airbus, Kohlebergbau und Landwirtschaft zusammen. Von „Subventionsabbau“ keine Spur. Die relativ kräftige Aufstockung des Etats für Arbeit und Soziales ergibt sich u. a. aus dem Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit. Der Anstieg des Postens „Allgemeine Finanzverwaltung“ hängt vor allem mit dem Bundeszuschuß an finanzschwache Länder zusammen, durch den der Versuch einiger Länder, den Bund an der Finanzierung der ständig steigenden Sozialhilfelasen zu beteiligen, abgewehrt wurde. Unter verteilungspolitischen und unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist vor allem die Finanzierung der höheren Ausgaben durch z. T. massive Verbrauchsteuererhöhungen problematisch.

Verbrauchsteuererhöhungen 1989

	Mill. DM
Mineralölsteuer	4990
Erdgassteuer	1660
Tabaksteuer	350
Versicherungssteuer	1080
KFZ-Steuer/Diesel	720
Insgesamt	8800

(Quelle: Pressemitteilungen)

Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Kfz-Steuer für Diesel-Pkw fließen den Ländern zu, diese und die Gemeinden haben allerdings auch den größten Teil (200 Millionen) der Mindereinnahmen aus der Erhöhung der Kilometerpauschale von zusammen 350 Millionen zu tragen. Außerdem werden die Gemeinden durch die Erhöhung der Mineralöl- und Erdgassteuer ebenfalls zusätzlich belastet.

Neben diesen ungünstigen Verteilungseffekten innerhalb der öffentlichen Haushalte bringen die Verbrauchsteuererhöhungen einen kräftigen Kaufkraftentzug für die Verbraucher mit sich. Eine zusätzliche Belastung der Verbraucher ergibt sich aus dem Mehrwertsteuereffekt: Da die Mehrwertsteuer auch auf die erwähnten Verbrauchsteuern erhoben wird, wirkt jede Verbrauchsteuererhöhung automatisch auch auf die Mehrwertsteuer. Es ist daher zu befürchten, daß die ohnehin zu erwartende Abschwächung der privaten Nachfrage dadurch zusätzlich verstärkt wird. Dies würde die bislang wichtigste Konjunkturstütze völlig beseitigen.

3.4 Tarifabschlüsse

Wie schon im Abschnitt 3.1 erwähnt, bewirken in den letzten Monaten die Tarifabschlüsse zu Lohn und Gehalt Einkommensverbesserungen um ca. dreieinhalb Prozent, in manchen Bereichen, z. B. im Lufthansa-Konzern, liegen sie aber auch ein Prozent niedriger. Das entscheidende Merkmal besteht allerdings darin, daß seit dem Metallabschluß im Frühjahr 1987 sich in fast allen Bereichen eine längere Laufzeit der Tarifverträge – meistens drei Jahre – durchgesetzt hat. Dies gilt auch für die Abschlüsse der letzten Monate (vgl. Tabelle). Dabei liegen die weiteren Lohn- und Gehaltserhöhungen mit zwei Prozent und weniger deutlich niedriger als im ersten Abschlußjahr. Auf die möglichen Folgen für die Realeinkommensentwicklung wurde schon hingewiesen.

Fast alle Tarifabschlüsse sind mit manteltariflichen Vereinbarungen über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit verknüpft. Auch auf diesem Gebiet sind nach wie vor die Abschlüsse 1987 in der Metall- und Druckindustrie der große Orientierungspunkt, wenngleich längst nicht alle Arbeitszeitarbkommen der letzten Monate schon die 37-Stunden-Woche als Ziel festlegen. Ende des Jahres 1987 waren für 9,8 Millionen Beschäftigte, das sind 48,8 Prozent aller Beschäftigten, die Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden verkürzt, für 22,9 Prozent war sogar die 37-Stunden-Woche und für 24,4 Prozent die 38,5-Stunden-Woche vereinbart. Durch die Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 1988 sind diese Anteile erheblich ausgeweitet worden. In ersten kleineren Tarifbereichen sind sogar schon weitergehende Verkürzungen vereinbart worden: In der Bleistiftindustrie konnte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff einen Stufenplan für die 36-Stunden-Woche (1993) abschließen. Beim Beamtenheimstättenwerk vereinbarte die Gewerkschaft HBV ab 1989 die

35-Stunden-Woche mit neuen Arbeitszeitgestaltungsmodellen und vor allem einer Ausweitung der Arbeitsplätze.

Sowohl in der Textilindustrie (hier im Bezirk Nordrhein) wie in der Bekleidungsindustrie verliefen die Tarifaueinandersetzungen dieses Jahres außerordentlich konfliktreich. Die Unternehmer wollten insbesondere den mit Lohn und Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig geforderten Rationalisierungsschutztarifvertrag nicht akzeptieren. Erst nach Einleitung bzw. Ankündigung von Urabstimmungen und dem Scheitern der Verhandlungen kam es zu Abschlüssen.

Der spektakulärste Tarifkonflikt entwickelte sich in den öffentlichen Sendeanstalten und hier vor allem beim NDR. Die Gewerkschaft Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) – ein Partner der neuen IG Medien – hatte die Übernahme des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes für die Sendeanstalten gefordert. Dieser sah eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden und eine dreijährige

Laufzeit mit Gehaltserhöhungen um 2,4 Prozent, dann 1,4 Prozent und 1,7 Prozent vor. Die Mediengewerkschaft forderte allerdings kürzere Laufzeiten und eine Begleitung der Arbeitszeitverkürzung durch 60 bis 65 neue Planstellen beim NDR. Beim WDR war eine Zusage solcher neuer Planstellen gegeben worden, während die Leitung des NDR die Verhandlungen blockierte. Daraufhin wurde zum erstenmal in der Geschichte des Fernsehens der BRD von Beschäftigten des technischen Bereichs die Ausstrahlung der „Tagesschau“ aus Hamburg bestreikt, die statt dessen dann vom Bayerischen Fernsehen gesendet wurde. Anfang August wurden insbesondere im Hörfunkbereich die Warnstreiks fortgesetzt und für den 16. August schließlich eine Urabstimmung beim NDR beschlossen. Zu dieser Urabstimmung kam es dann nicht, weil unter diesem Druck in der Nacht vor dem 16. August die NDR-Leitung einem Tarifvertrag zustimmte, der neben der Arbeitszeitverkürzung und Gehaltserhöhung ab 1990 auch neue Planstellen (allerdings nicht konkretisiert) vorsieht.

Wichtige Tarifabschlüsse der letzten Monate

Gew.	Wirtschaftszweig	Laufzeit	Einkommen	Nebenregelungen
GTB	Textilindustrie	ab 1. 5. 88 3 Jahre	3,6 % 2. Jahr: 1,2 3. Jahr: 2 %	AZV: ab '89 39 Std. ab '90 38,5 Std. Rationalisierungsschutz-Tarifvertrag
GTB	Bekleidungsindustrie	ab 1. 5. 88 3 Jahre	3,6 % 2. Jahr: 1,2 % 3. Jahr: 2 %	AZV: ab '89 39 Std. ab '90 38,5 Std. Rationalisierungsschutz-Tarifvertrag
CPK	papierherzeugende Industrie	ab 1. 9. 88 3 Jahre	3,6 % 2. Jahr: 2 % 3. Jahr: 2 %	AZV: ab '90 39 Std. ab '91 38 Std.
CPK		ab 1. 7. 88 3 Jahre	3,5 % 2. Jahr: 2 % 3. Jahr: 2 %	AZV: ab '89 39 Std. ab '90 38 Std.
BSE/ IGBE	Steine-Erden-Industrie Baden-Württ.	ab 1. 4. 88 3 Jahre	3,6 % 2. Jahr: 2,5 % 3. Jahr: 3 %	AZV: ab '89 39 Std. ab '90 38,5 Std.
GHK	Bleistiftindustrie	ab 1. 4. 88 3 Jahre bei Lohn, 6 Jahre bei AZ	3,5 % 2. Jahr: 2,3 % 3. Jahr: 2,3 % zusätzl. Lohnausgleich	AZV: ab '89 37,5 Std. ab '90 37 Std. ab '90 36,5 Std. ab '93 36 Std.
HBV	Beamtenheimstättenwerk	ab 1. 6. 88 2 Jahre bei Lohn, unbefristet bei AZ	2,0 %	AZV: ab '89 35 Std., neue AZ-Modelle, neue Arbeitsplätze
ÖTV	Lufthansa	ab 1. 4. 88 2 Jahre	2,6 % 2. Jahr: 2,7 %	AZV: ab '90 37,5 Std. ab '91 auch für fliegendes Personal
HBV	Verlage Ba.-Wü. und Berlin	ab 1. 1. 88	3,2 % 2. Jahr: 2,2 %	AZV: ab '90 37 Std. (Stufenpläne)
RFFU	NDR-Sendeanstalt	ab 1. 8. 88 bis Jan. '91	2,4 % 2. Jahr: 1,4 % 3. Jahr: 1,7 %	AZV: ab '89 38,5 Std. neue Planstellen

3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Im ersten Vierteljahr 1988 hat sich der Beschäftigungsanstieg deutlich verstärkt. Dies ist allerdings ebenfalls wieder überwiegend den günstigen Witterungsverhältnissen zuzuschreiben: Denn während die Beschäftigung z. B. im Baugewerbe trendmäßig deutlich rückläufig ist, kam es dort zum Jahresanfang 1988 – gemessen an den saisonbereinigten Ziffern – zu einer kräftigen Beschäftigungsausweitung.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft¹

	1. Vj.	2. Vj.	1987 3. Vj.	4. Vj.	1988 1. Vj.
Beschäftigung insgesamt	22 669	22 705	22 716	22 734	22 786
darunter					
Verarb. Gewerbe	8 098	8 090	8 075	8 064	8 059
Baugewerbe	1 239	1 234	1 221	1 218	1 230
Handel/Verkehr	4 339	4 338	4 340	4 336	4 344
Dienstleistungen	8 283	8 334	8 374	8 417	8 453

¹ Saisonbereinigte Ziffern, in 1000 Personen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 28/1988)

Die weiteren Aussichten für die Beschäftigung lassen bestenfalls noch eine sehr langsame Expansion erwarten. Das DIW rechnet damit, daß im zweiten Quartal 1988 ein Zuwachs von rund 10000 verzeichnet werden konnte.

Neben den Unterschieden nach Branchen und Bereichen ist auch eine deutliche Auseinanderentwicklung nach Regionen zu registrieren.

Beschäftigungsentwicklung nach Bundesländern¹

	1980	1987
Schleswig-Holstein	107,9	108,0
Hamburg	101,9	95,3
Niedersachsen	106,2	103,9
Bremen	100,0	93,6
NRW	101,1	99,2
Hessen	105,9	107,2
Rhl.-Pfalz	108,2	108,5
Saarland	105,3	98,9
Bd.-Württemberg	107,5	111,2
Bayern	109,3	114,6
Berlin/West	99,9	101,0
BRD insgesamt	105,1	105,6

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Index 1976 = 100
(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1988, S. 86)

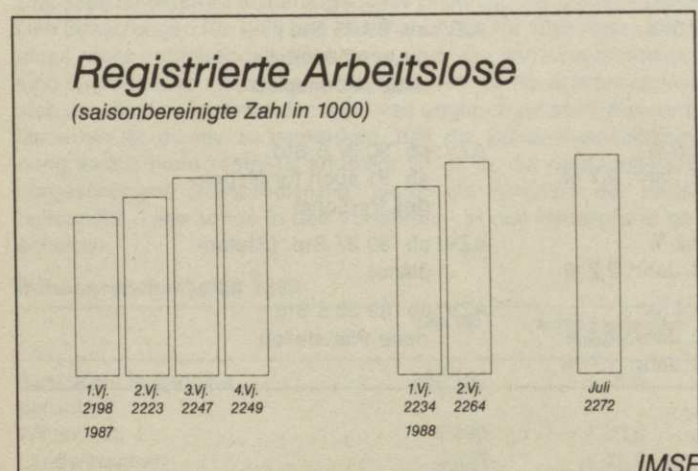
Die Betrachtungsebene der Bundesländer ist dabei eher noch geeignet, die regionalen Disparitäten zu verschleiern. Betrachtet man die Ebene der Arbeitsamtsbezirke, so hat die Beschäftigung allein zwischen 1980 und 1986 z. B. in Waiblingen, Landshut und ähnlichen, früher eher ländlich geprägten Gebieten, um mehr als zehn Prozent zugenommen, während sie in traditionell städtischen Gebieten wie Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen usw. um bis zu 13,4 Prozent (Duisburg) abgenommen hat.

Trotz des leichten Beschäftigungsanstiegs weist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit weiter nach oben.

Registrierte Arbeitslose¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli
1987	1987	1987	1987	1988	1988	
2198	2223	2247	2249	2234	2264	2272

¹ In 1000 Personen, saisonbereinigte Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist inzwischen auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Mit einer Arbeitslosenquote

von 8 Prozent der Erwerbstätigen (9 Prozent der Lohnabhängigen) liegt die BRD zwar im internationalen „Mittelfeld“ – es ist aber in Rechnung zu stellen, daß die Erwerbsquote, d. h. der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, in unserem Lande außerordentlich niedrig ist. Vor allem was die Frauenerwerbstätigkeit betrifft muß die Bundesrepublik als unterentwickelt gelten. In der Altersgruppe zwischen 25 und 54 Jahren sind bei uns (Zahlen von 1985) nur 56,7 Prozent der Frauen erwerbstätig, verglichen mit 69,5 Prozent in den USA oder 88,9 Prozent in Schweden. In der Altersgruppe zwischen 55 und 64 ist die BRD-Frauenerwerbsquote mit 21,6 Prozent nur halb so hoch wie in den USA oder nur wenig mehr als ein Drittel wie in Schweden. Die Bundesrepublik hat hier noch einen gewaltigen Nachholbedarf – aus demographischen Gründen ist also auch in der weiteren Zukunft nicht mit einer Entlastung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Im Vergleich zum Vorjahr liegt das Niveau der registrierten Arbeitslosigkeit ebenfalls deutlich höher.

Angesichts der nach oben tendierenden Arbeitslosenzahlen versucht die CDU erneut, die Statistik zu verändern. Das bekannte

Arbeitsmarkt 1988

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2519	+ 22	310	– 118	161	+ 11
Februar	2517	+ 29	350	– 32	174	+ 9
März	2440	+ 28	424	– 39	190	+ 10
April	2262	+ 46	261	– 41	193	+ 14
Mai	2149	+ 50	198	– 24	196	+ 15
Juni	2131	+ 34	190	+ 6	201	+ 18
Juli	2199	+ 23	159	– 57	199	+ 19

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

„Argument“, ein erheblicher Teil der Arbeitslosen wolle gar nicht arbeiten, muß mal wieder herhalten. Obwohl es schon zahlreiche Male durch empirische Untersuchungen widerlegt werden konnte, ist es nicht totzukriegen. Seine Haltlosigkeit hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die wissenschaftliche Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit, nun erneut nachgewiesen. Demnach haben z. B. 1983 84 Prozent aller Arbeitslosen bzw. 91 Prozent der Langzeitarbeitslosen versucht, auch unabhängig vom Arbeitsamt einen Arbeitsplatz zu finden. Im Durchschnitt haben sich diese Arbeitslosen 13mal beworben, zu einer persönlichen Vorstellung angetreten sind sie 7mal. Nur in einem Viertel der Fälle, in denen das Arbeitsamt Vermittlungsvorschläge gemacht hat, erfolgte die Ablehnung durch den Arbeitslosen – wobei das Arbeitsamt dessen Gründe in aller Regel akzeptieren mußte. Die ganz große Mehrheit der Arbeitslosen – so die Studie des IAB – hat durch seine Bemühungen bewiesen, daß sie an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert ist und dazu auch häufigen Wohnungswechsel, berufliche Verschlechterungen und Einkommenseinbußen in Kauf nimmt. Schließlich verweist das IAB auch darauf, daß die regional extrem unterschiedlichen Arbeitslosenquoten wohl kaum mit der Behauptung in Einklang zu bringen sind, die Arbeitslosigkeit sei zu einem nennenswerten Teil auf die „Arbeitsunwilligkeit“ der Betroffenen zurückzuführen. Es sei denn, man glaube an eine Nord-Süd-Verteilung der „Faulheit“ (Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/1988).

Aber man kann sicher sein, daß auch solche Belege die Anhänger der Faulheitsthese nicht beirren werden. Denn dieser Kategorie der „Arbeitsmarktpolitiker“ geht es nicht um den Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern um ihre Nutzung im Interesse der Unternehmen.